

# Aus dem Grazer Gemeinderat

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Die Grazer Gemeinderatssitzung vom 11. April 2019 zum Nachlesen.



## Olympia2026-Endbilanz: 409.760,51 Euro an Ausgaben

### Fass ohne Boden gestoppt

Nach Auflösung der „Graz Winterspiele 2026 GmbH“, die im Vorjahr für die Organisation und Ausrichtung der Olympischen Spiele eingerichtet wurde, stellt sich heraus, dass bis Ende 2018 bereits 409.760,51 Euro in die Vorbereitungen zur Olympia-Teilnahme geflossen sind. Der Großteil der Ausgaben wurde für die Machbarkeitsstudie aufgewendet. Detail am Rande: Laut Jahresabschluss wurden nur € 19,42 für Kommunikation ausgegeben.



Olympia in Graz: Endgültiger Schlusstrich wurde gezogen.

Die Grazerinnen und Grazer sind noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen“, zeigt sich Gemeinderat **Manfred Eber** trotz der hohen Ausgaben froh darüber, dass die Stadt Graz nun doch nicht Austragungsort für Olympia 2026 geworden

ist. „Das Olympia-Abenteuer wäre für das Grazer Budget verheerend ausgegangen. Und auch für die Bevölkerung wären die langfristigen Auswirkungen auf Wohn- und Lebenserhaltungskosten deutlich zu spüren gewesen.“

So sind etwa in Schladming nach Austragung der Schi-WM die Immobilienpreise explodiert. 6000 Euro und darüber kostet dort mittlerweile der Quadratmeter Wohnraum.

## Unsere Stimme wird hörbarer



Bei den Arbeiterkammerwahlen hat der GLB-KPÖ in der Steiermark ein weiteres, fünftes Mandat gewonnen. Allein in Graz hat der GLB-KPÖ gegenüber den letzten AK-Wahlen um 700 Stimmen zugelegt. Damit haben jene Kräfte dazugewonnen, die sich dafür einsetzen, dass die Arbeiterkammer gestärkt und nicht in ihren Rechten eingeschränkt wird.

Ich danke dem Spitzenkandidaten Kurt Luttenberger, Betriebsrätin Hilde Tragler vom Puch/Magna-Werk und allen Kolleginnen und Kollegen des GLB-KPÖ, die diesen Erfolg möglich gemacht haben, für ihren persönlichen Einsatz.

Unsere Stimme wird hörbarer. Das ist wichtig, denn der Druck auf die Arbeiter und Angestellten wird durch die schwarz-blaue Politik noch ansteigen. Die sozialen Erregenschaften für die Arbeitnehmer dürfen nicht zerschlagen werden. Der GLB-KPÖ wird auch weiterhin sagen, was ist.

Ihre Stadträtin  
**Elke Kahr**

Rathaus, 2. Stk, Tür 236  
Tel.: 0316 / 872 20 60

**KOMMT ZUM** KPU  
**1. MAI**  
**WEIL WIR ETWAS ÄNDERN KÖNNEN!**  
Mieten runter, Löhne rauf!  
**10 UHR SÜDTIROLER PLATZ**  
**DEMONSTRATION**  
mit Vento Sul und Haydetanz  
**13 UHR VOLKSHAUS GRAZ**  
**MAI-FEST**  
Musik: Original Union Bar & **Wiener Tschuschenkapelle**  
(Bismarkstr. 10 Wien)  
**GLB KJÖ KSV KPO**

### Mieternotruf

Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten.

0316 71 71 08

**KPO**  
www.kpoe-graz.at

## Für chronisch kranke steirische Kinder:

### Diabetes Nanny soll kommen



Für Eltern chronisch kranker Kinder stellt die Suche nach einem geeigneten Betreuungsplatz oft eine unlösbare Aufgabe dar. Betreuungseinrichtungen schrecken vor dem befürchteten Mehraufwand, vor allem aber vor ungeklärten Haftungsfragen zurück. In anderen Ländern hat das Berufsbild der „Diabetes Nanny“ bereits Schule gemacht. Ist ein Kind an Diabetes erkrankt, kommt diese bei Bedarf in

die Betreuungseinrichtung (Schule, Kindergarten oder Kinderkrippe) und unterstützt das Betreuungs- und Lehrpersonal durch fachgerechte medizinische Leistungen. Gemeinderätin **Elke Heinrichs** hat beantragt, dass die Stadt Graz an das Land Steiermark herantritt, damit das Berufsbild der „Diabetes Nanny“ geschaffen sowie auch entsprechend finanziert wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



# KPÖ IM GRAZER GEMEINDERAT

## HALBE MILLION FÜR PUCHSTEG

Das Maßnahmenbündel zum „Lebensraum Mur“ sieht eine Zuzahlung für eine Qualitätssteigerung des „Puchsteg Neu“ von 480.000 € vor, obwohl die EStAG im Zuge des Murkraftwerkbaus zu dessen Wiederherstellung verpflichtet wurde. „Was genau muss denn hier von den Steuergeldern der GrazerInnen mitfinanziert werden?“, fragte Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** daher in der Gemeinderatssitzung. Laut



Bürgermeister Nagl ist die EStAG nicht zur Herstellung des Stegs nach dem modernen Stand der Technik verpflichtet. Daher müssen die Differenz jetzt die Grazerinnen und Grazer zahlen. Außerdem soll der Puchsteg zur Vorbereitung einer eventuellen Ausflugschiffahrt höherverlaufen. Einziges Plus: Der Puchsteg soll von 2,5 auf 4 Meter verbreitert werden, was mehr Platz für den FußgängerInnen- und Radverkehr schafft.

## P&R ANLAGE FÜR NORDEN

Während der Grazer Süden mit P&R Angeboten, beispielsweise beim Murpark oder beim Brauquartier, gut ausgestattet ist, gibt es im Norden von Graz vergleichsweise wenig Möglichkeiten, am Stadtrand vom eigenen Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Gemeinderat **Christian Sikora** hat deshalb nachgefragt, ob und wann eine Ausweitung



des P&R-Angebotes für das Gebiet Graz Nord geplant ist. Erfreulicherweise ist die Stadt Graz bereits in Verhandlungen mit Eigentümern getreten, um geeignete Grundstücke für mehr P&R-Plätze zu bekommen. „Wichtig wäre, dass die Anbindung an den öffentlichen Verkehr gut ist, damit das Angebot von den EinpendlerInnen auch angenommen wird“, so Sikora.

## WANDERWEG GESPERRT

Vor kurzem hat die Holding Graz einen Teil der beliebten Wanderstrecke des Plabutschkamm-Höhenweges für Wanderer gesperrt. Hintergrund der Aktion ist eine Überschneidung des Wanderweges mit einer neuen Downhill-Mountainbike-Rou-

te. Diese Maßnahme verstößt gegen die im Forstgesetz normierte Wegfreiheit für FußgängerInnen. Gemeinderat **Christian Sikora** hat die zuständigen Stellen via Antrag aufgefordert, rasch eine für alle NaturliebhaberInnen geeignete Lösung zu finden.

## Brutal oder sozial?

Menschen in finanziellen Notlagen werden von der Bundesregierung durch viele Maßnahmen schikaniert. Jetzt soll ein besonders brutaler Einschnitt erfolgen. Personen oder Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, haben ein Problem: Wenn sie finanzielle Unterstützung durch gemeinnützige Organi-



Ihr Stadtrat  
**Robert Krotzer**  
Rathaus, 2. Stk, Tür 231  
Tel.: 0316 / 872 20 70

## LAUTER GLOCKENSPIELPLATZ

Seit Längerem gibt es immer wieder verzweifelte Meldungen über die massive Lärmbelästigung durch ein Café am Glockenspielplatz. Obwohl die zuständige Bau- und Anlagenbehörde (BAB) seitens der Hausverwaltung bereits im August 2018 über diese Problematik informiert wurde, ist bisher nichts passiert. „Auch



auf mehrfache Nachfragen hat die BAB bislang keine zufriedenstellende Antwort gegeben“, weiß Gemeinderätin **Elke Heinrichs**. Um zu einem Ergebnis im Interesse der betroffenen MieterInnen zu kommen, soll Bürgermeister Nagl die Bau- und Anlagenbehörde zu einer Lösung bewegen.

## „SOZIALHILFE NEU“ IST EIN RÜCKSCHRITT

Die ab 2020 geplante „Sozialhilfe neu“, welche die bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzen soll, bringt für viele BezieherInnen massive Verschlechterungen. Zu den Hauptbetroffenen der Kürzungen gehören vor allem kinderreiche Familien.



Laut Plan sollen für jedes dritte Kind 1,40 € pro Tag ausreichen. Ein Armutszeugnis für die heimische Politik, findet Gemeinderätin **Uli Taberhofer**, die einen dringlichen Antrag für eine existenzsichernde und gerechte Sozialpolitik gestellt hat.

## MEHR OBST IN GRAZ

Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** stellte den Antrag, bei der Gestaltung von Parks und Grünflächen im öffentlichen Raum künftig Obstbäume und -sträucher zu pflanzen, damit man nach Lust und Laune frische Früchte ernten und kosten kann. Derartige Parks und Bereiche – man denke

beispielsweise an den Naschgarten in Andritz – erfreuen sich bei der Bevölkerung immer größerer Beliebtheit. Am Rand von Kinderspielplätzen sollten Beerensträucher und -ranken gepflanzt werden. „Im Sommer lernen hier Kinder mit viel Genuss, dass nicht nur Gummibärchen gut schmecken“.

►► Mehr Information unter 0316 / 872 2151 und [kpoe-graz.at](http://kpoe-graz.at) sowie  [KPGraz](https://www.facebook.com/KPGraz)

## Weitere Initiativen der KPÖ im Gemeinderat 11. April 2019

- > **Begrünung Annenstraße/ Metahofgasse**  
Elke Heinrichs
- > **Energiekostenzuschuss**  
Uli Taberhofer

Alle Initiativen unter [www.kpoe-graz.at/gemeinderat](http://www.kpoe-graz.at/gemeinderat)

nahmen bringen Wohnungsnot und Armut per Gesetz. Die KPÖ wird alles daran setzen, um das zu verhindern.